

Tranchenweise Abtragung des Erneuerungsfonds

ARA Aarburg Die Abgeordneten des Abwasserverbandes Aarburg genehmigten das Betriebsbudget 2018 verbunden mit dem Kostenverteiler unter den Verbandsgemeinden.

Bis vor wenigen Jahren haben die Verbandsgemeinden jährlich 0,5 Prozent des Anlagewertes in einen Erneuerungsfonds bis zu einem Bestand von über 2 Mio. Franken gelegt. Der Fonds stammt aus einer Zeit, als die Gemeinden noch die Investitionsanteile für die ARA bewilligen und auch finanzieren mussten. Mit dem Fonds konnten damals kleinere Investitionen getätigt werden, ohne dafür die Genehmigung aller Gemeinden einholen zu müssen. Seit bald 20 Jahren ist der Abwasserverband Aarburg allerdings selbstständig und kommt für die Finanzierung der Investitionen selber auf. Die Investitionen werden bilanziert und die notwendigen Abschreibungen der jährlichen Betriebsrechnung belastet. Mit dieser Finanzierungsweise ist der Erneuerungsfonds überflüssig geworden.

Die Abgeordnetenversammlung hat mit dem Betriebsbudget 2018 beschlossen, den Verbandsgemeinden die in den Erneuerungsfonds einbezahlten Beiträge sukzessive zurückzuerstatten und die Betriebskostenbeiträge jährlich um rund 300 000 Franken zu reduzieren.

Geschäftsleiter Erich Schnyder orientierte die Abgeordneten über den Stand der laufenden Bauprojekte. Der neue Gasspeicher mit einem Volumen von



Der neue Gasspeicher mit einem Volumen von über 1000 Kubikmeter ist bereits in Betrieb.

ZVG

über 1000 Kubikmeter ist bereits in Betrieb. Er besteht nicht mehr aus Stahl, sondern aus PVC-beschichtetem Polyestergewebe. Zurzeit werden im Faulturm das Rührwerk samt Gashaube und diverse Schieber, Leitungen, Pumpen und Sonden ersetzt. Einen grossen

Erneuerungsbedarf haben auch die Elektroinstallationen und die Steuerungsanlagen. Das 2,5-Mio-Sanierungsprojekt liegt sowohl termin- als auch kostenmässig auf Kurs.

Der Finanzplan sieht in den kommenden fünf Jahren Sanierungen in

den Bereichen Biologie, Sandfang, Nachklärung, Fällung und Fassade Stapelbehälter vor. Alle Investitionen können mit eigenen Mitteln finanziert werden. Es ist vorgesehen, die Kostenbeiträge der Gemeinden auf 2,7 Mio. Franken zu plafonieren. (ZG)